Nr. 40 XXVIII. Jahrgang — **Mittwoch, 11. Februar 1920**

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2069. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 3.—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 8.—. Bei Listen- oder Kunstdruck 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Vorbereitung von Gegenvorschlägen?

Die Haltung der deutschen Regierung und der ganzen deutschen Oeffentlichkeit zur Frage der Auslieferung ist nach wie vor unverändert, fest und einmütig. Das kam auch gestern in der Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in Berlin zum Ausdruck. Zum Schlusse der vertraulichen Sitzung teilte der Vorsitzende Scheidemann mit, daß der Ausschuß sich, unbeschadet von mancherlei Ausstellungen im einzelnen, mit dem bisherigen Verhalten und den vorgesehenen Schritten der Regierung einverstanden erkläre. Der Ausschuß erwarte, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig berufen wird, daß er Stellung dazu nehmen könne. — Welche Schritte die Regierung vorgesehen hat, ist nicht bekannt. Aber es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß sie im Zusammenhange mit der grundsätzlichen Politik der Regierung in dieser ganzen Frage stehen werden. Wie heute gemeldet wird, hat die Regierung zwei sehr wesentliche Dokumente vorbereitet. Das eine ist eine Zusammenstellung von juristischen Gutachten über die Unzulässigkeit der Auslieferung Deutscher an ausländische Gerichtshöfe, das andre ist

die deutsche Gegenliste

Es liegen die folgenden Meldungen vor:

Berlin, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Die Reichsregierung hat, wie wir erfahren, neue Rechtsgutachten von juristischer Seite angefordert in Sachen der Auslieferungsliste der Entente. Unter den angeforderten Gutachten befindet sich auch ein solches des Reichsgerichtes, das die Nichtzulässigkeit der Auslieferung von Deutschen an ausländische Gerichtshöfe behandeln wird.**

\+ **Berlin, 10. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der gestern stattgefundenen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Fraktionsvorsitzenden der Nationalversammlung über die Frage der Auslieferung hielt Reichsminister des Aeußern Müller eine längere Rede. Seine Ausführungen gipfelten in der Aeußerung: **Es kann von der Entente angedroht werden, was da will. Wir sind physisch außerstande, diese Leistungen zu vollbringen. Die Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß die Auslieferung unter allen Umständen verweigert werden muß.** Auf eine Frage aus der Versammlung entgegnete Müller, **daß eine deutsche Gegenliste vorhanden sei. Die Regierung habe sich entschlossen, die deutsche Liste genau so auszuarbeiten wie die unsrer Feinde, um so die Entente mit den eignen Waffen zu schlagen.**

Wie eine solche deutsche Gegenliste wirken müßte, kann man ahnen. Freilich dürfte sie nicht so oberflächlich zusammengestellt sein wie die Alliierten-Liste, die von allen Seiten der Kritik Handhaben gibt. Es liegt folgende Meldung über: weitere französische und englische Kommentare dazu vor:

Zürich, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Zeitungen vom Montag zeigen sich in der Auslieferungsfrage überraschend schweigsam und begnügen sich im wesentlichen damit, weitere Einzelheiten über die Liste der Schuldigen, die nun auch in Paris veröffentlicht worden ist, bekanntzugeben. Aus der Aufzählung der Verbrechen, die bei den einzelnen Namen angeführt werden, ergibt sich, mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit in der ganzen Frage vorgegangen wurde. Meistens handelt es sich bei den Anklagen gegen die Armeeführer um Aussagen deutscher Kriegsgefangener. Die englische Presse kritisiert durchweg sehr scharf die Deutschland übersandte Liste. Alle Blätter sind sich darüber einig, daß die Forderung von Männern, wie Hindenburg, Ludendorff und Bethmann Hollweg ein großer Fehler ist und daß nur die Reaktion in Deutschland gestärkt würde. Die Blätter fordern von der Regierung, daß es zu einem Kompromiß komme.

Die Presse der Alliiertenländer beschäftigt sich noch immer mit der Schwenkung Lloyd Georges. Sie hat, obwohl der englische Premierminister die Aeußerungen des Lords Birkenhead um einige Grade einzuschränken versucht hat, den stärksten Eindruck gemacht. „Corriere della Sera" meldet sogar, daß die Botschafterkonferenz unter dem Drucke dieser englisch-französischen Meinungsverschiedenheit schon Beschlüsse gefaßt haben soll, die Aburteilung dem Völkerbunde zu übertragen. Das italienische Blatt läßt sich von seinem Sonderberichterstatter melden, daß die Stimmung einer Nachprüfung des Friedensvertrages günstig scheint. Wie dem auch sei, das eine steht schon heute fest, daß

die Alliierten zu verhandeln bereit

sind. Es liegt darüber wieder eine neue Meldung vor:

Genf, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Havas meldet Montag früh: Die Alliierten werden Verhandlungen mit Deutschland nicht ablehnen, soweit sie sich im Rahmen des Friedensvertrages bewegen. Marschall Foch erhielt den Auftrag des Hohen Rates der Alliierten, an den weiteren Verhandlungen über die Auslieferungsforderungen an Deutschland teilzunehmen.**

Berlin, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Die in der Auslieferungsliste Beschuldigten sollen, soweit möglich, Gelegenheit erhalten, sich auf die Anschuldigungen vor Vertretern der Reichsregierung zu äußern. — Im Bereich des Kammergerichtes haben die Justizexekutivbeamten sich geweigert, an der in der deutschen Strafprozeßordnung nicht vorgesehenen Auslieferung von Deutschen an einen ausländischen Gerichtshof mitzuwirken. Die Entscheidung der Exekutivbeamten wurde gestern dem Kammergerichtspräsidenten zugestellt.**

Nach andern Meldungen bereiten die Alliierten allerdings gleichzeitig die Prozesse in Paris und London vor. Die „Times" melden darüber aus Paris: Der Hohe Rat der Alliierten hat der Festsetzung der ersten deutschen Prozesse in Paris auf den 2. Mai zugestimmt. Die Prozesse in London kommen erst nach dem Kaiser-Prozeß und nicht vor Juni zur Aburteilung. In Paris wird sich am 2. Mai der Stab der früheren zweiten und dritten deutschen Armee zu verantworten haben. — Man darf sich über den Ernst der Lage nicht täuschen und sich nicht von einer oder der andern Seite ausschließlich bestimmen lassen. Man braucht nur zu hören, was Poincaré bei einem offiziellen Besuch in Vienne in Lille über die Durchführung des Friedensvertrages gesagt hat, um zu wissen, daß wir vor den Alliierten auch in dieser Frage ohne Machtmittel sind. Poincaré sagte u. a., Frankreich müsse fordern, daß das besiegte Deutschland den Friedensvertrag, den es unterschrieben habe, ausführe. Im Augenblick sei dieser Vertrag der Gegenstand einer seltsamen unzulässigen Erörterung geworden. Was unterzeichnet sei, müsse für alle geheiligt sein, für die Sieger wie für die Besiegten. Frankreich werde an die Ausführung der abgeschlossenen Klauseln ohne Hintergedanken, ohne Ränke und ohne Plackerei herangehen. Das französische Volk sei großmütig und wolle keinen Mißbrauch mit dem Sieg treiben. Es gedenke jedoch aus ihm Nutzen zu ziehen. Der zu unternehmende Wiederaufbau könne nicht zu Frankreichs Lasten bleiben. Die Nation, die die Katastrophe entfesselt habe, müsse allein die Konsequenzen tragen …

*

Warnende Stimmen in England

London (indirekt), 7. Februar

Aus einem Börsenberichte des Londoner „Financier" geht hervor, daß die englischen Bankkreise mit dem „diplomatischen Putsch", nämlich der an Deutschland gestellten Forderung, die „Missetäter" auszuliefern, sehr unzufrieden sind und daß sie den scharfen Rückgang des Pfundkurses auf den neutralen Märkten mit diesem Akte der Pariser Konferenz in unmittelbaren Zusammenhang bringen. Was der „Financier" mitteilt, wird ausführlich durch hier eingetroffene Finanzinformationen bestätigt, in denen die Klagen über die verfehlte Politik Lloyd Georges gegen Deutschland nicht aufhören wollen. Zweifellos verdammte man im voraus die Auslieferungsforderung in der Londoner City, nicht etwa aus rechtlichen Gründen, sondern infolge praktischer Erwägungen. Man wünscht in der englischen Hochfinanz, daß sich die Krisis in Deutschland allmählich abschwäche; man verurteilt die Pariser nationalistischen Einflüsse, auf deren Durchdringen die „Fehlgriffe der Londoner Regierung" zurückgeführt werden.

Als Beweis dafür, daß man in englischen Bankkreisen gegen die Provozierung der neuen, ernsten Schwierigkeiten mit Deutschland ist, daß man sich mit der aufreizenden Politik Lloyd Georges nicht einverstanden erklären will, erhellt aus dem mir gestern zugegangenen Berichte der Barclays Bank, an deren Spitze mehrere hervorragende englische Finanzleute stehen. Es handelt sich um den Bericht über die am 2. stattgehabte Jahresversammlung in London. Der Vorsitzende erklärte, daß die Regierung bisher in ihrer Politik gegen Deutschland die schlimmsten Böcke geschossen habe. Man werde sich dieser Fehler und Mißgriffe für alle Zeiten erinnern. Wisse denn Lloyd George noch immer nicht, daß Deutschland mit seiner Bevölkerung von 60 Millionen ein gewaltiger Faktor im Leben Europas und eine nicht zu unterschätzende Kraft im Leben der ganzen Welt sei? So fragte der Vorsitzende. Möglichst schnell müßten geordnete Beziehungen zu Deutschland hergestellt werden. Die Aufrollung der heiklen Fragen, die sich aus dem Versailler Vertrage ergeben, müsse vorderhand vermieden und später einer genauen Nachprüfung, zusammen mit deutschen Vertretern, unterworfen werden. Die englische Regierung habe jedoch die Pflicht, die Wiederherstellung Deutschlands zu begünstigen, andernfalls werde Englands ungeheuren Schaden erleiden. Der Zusammenbruch Deutschlands müsse, nach dem Urteil aller vernünftigen Leute, die Wirtschaftskatastrophe über ganz Europa bringen, auch über England. Durch Hilfeleistung käme aber Deutschland wieder vorwärts und würde zahlungsfähig.

Außer dieser Meinungsäußerung liegt noch eine merkwürdige Pressestimme aus London vor, die gleichfalls beweist, daß die englische Bank- und Finanzwelt mit der Aufrollung der Auslieferungsfrage sehr unzufrieden ist. In der Februar-Nummer des Londoner „Economist" wird offen erklärt, daß die deutsche Regierung beim besten Willen nicht imstande sein werde, der Forderung der Entente nachzukommen. Im Gegenteil. Die Entente werde zu Schaden kommen, weil sie einerseits durch die Nichterfüllung des Wunsches in ihrem Ansehen beeinträchtigt würde, anderseits müsse es zu einem politischen Wirrwarr in Deutschland kommen, wenn die Entente auf Verwirklichung des Auslieferungspostulats bestünde. So oder so — die Forderung sei für die Entente gefährlicher als für Deutschland, wo man ohnehin schon längst aufs Aergste gefaßt sei.

Die Wiedergutmachung

In einem dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune" gewährten Interview verwahrte sich Reichsminister Hermann Müller gegen die immer wieder aufgestellte Behauptung, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle. Er bemerkte, daß Frankreichs Bezahlung seiner fünf Milliarden Mark betragenden Kriegsschuld nach dem Kriege 1870/71 in weniger als drei Jahren die Bewunderung der Welt erregt habe, und verglich damit Deutschlands bisherige Leistungen, wobei er darauf hinwies, um wieviel das deutsche Volksvermögen sich durch die Leistungen verringert habe. — Nach Schätzungen der zuständigen deutschen Zentralbehörden, bei denen der Wert im Zeitpunkt der Leistungen auf Goldmark beziffert worden ist, seien bisher folgende Leistungen bewirkt worden:

1. Saargruben 1000 Millionen Goldmark,
2. Liquidation deutscher Unternehmen im Auslande 12 000 Millionen Goldmark,
3. Reichs- und Staatseigentum in abgetretenen Gebieten 3000 Millionen Goldmark,
4. Handelsflotte 8250 Millionen Goldmark,
5. Naturalleistungen: a) Kohle 240 Millionen Goldmark, b) Maschinen 150 Millionen Goldmark, c) Eisenbahnmaterial 750 Millionen Goldmark, d) Kabel 66 Millionen Goldmark,
6. zurückgelassenes Staats- und Heereseigentum, soweit es nicht unmittelbar Kampfcharakter trägt, 7000 Millionen Goldmark,
7. bisherige Kosten für das Besatzungsheer 666 Millionen Goldmark.

Die Summe dieser Leistungen beträgt 36 722 Millionen Goldmark. Hierzu kommen die bereits begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Lieferungen von Vieh im Werte von 390 Millionen und von Farbstoffen im Werte von 200 Millionen sowie unsre Forderungen gegen Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei im Betrage von 7000 Millionen. Dabei sei ausdrücklich hervorzuheben, daß diese Ziffern die zurückgegebenen Werte und Bargeld wie namentlich die belgischen Depots, Effekten usw. im Betrage von 4800 Millionen nicht einschließen.

Der Minister betonte, daß die vorstehenden Zahlen den Verlust Deutschlands durch die Liquidationen nur mit 12 Milliarden erscheinen ließen, während er von andrer Seite mit Rücksicht auf die Wertsteigerung auf 30 Milliarden geschätzt werde. Er schloß: Wer die Zahlen unbefangen prüft, kann unmöglich leugnen, daß Deutschland schon jetzt bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit bestrebt gewesen ist, den durch den Krieg entstandenen Schaden wiedergutzumachen. Wir sind auch weiter bereit, nach Kräften zu leisten, aber die Voraussetzung dafür ist die Aufrechterhaltung und Stärkung der eigenen Volkswirtschaft. Eine zerrüttete Volkswirtschaft kann nicht die schweren Lasten der Wiedergutmachung erfüllen. Die deutsche Volkswirtschaft braucht dringend Kredite und Rohstoffe.

Ministerpräsident Hirsch über die Rheinlande

ITA. **Köln**, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Ein Redakteur der „Rhein. Ztg." hatte eine Unterredung mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch, der mit den übrigen preußischen Ministern gestern Köln verlassen hat. Zur rheinischen Frage und den Loslösungsbestrebungen sagte der Ministerpräsident u. a. folgendes:

Unsre Erkenntnis, daß das Rheinland unter einem schweren seelischen Druck leidet, hat sich sehr vertieft. Von diesen Dingen macht man sich im unbesetzten Gebiet nur schwer eine richtige Vorstellung. Glauben Sie mir, durch äußeren Schein haben wir uns nicht blenden lassen. Der Rheinländer ist unsentimental, doch hinter seiner Gelassenheit und seiner guten Laune, die er vielfach trotz alledem noch zur Schau trägt, stecken Kummer und Zukunftssorgen. Wovon ich am angenehmsten überrascht bin, ist die Tatsache, daß die bekannten Loslösungsbestrebungen von allen Kreisen verurteilt wurden, mit denen ich in Berührung kam. Man betonte vor mir immer wieder nicht nur die Treue zu Deutschland, sondern auch zu Preußen, dem neuen demokratischen Preußen, das die im Rheinlande immer besonders hart empfundenen Junker-Allüren für immer abgestreift hat. Das ist mir allerdings klar geworden, wir werden der Rheinprovinz weitgehende Konzessionen machen müssen, wozu wir ja lange grundsätzlich gewillt waren. Die Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Landesteile und besonders auch des Rheinlandes, vor allem bei der Auswahl der politischen Beamten, ist ein bedeutungsvolles Stück unsres Regierungsprogramms.

Weiter sagte der Ministerpräsident, daß die Regierung den Verfassungsentwurf der Landesversammlung im Laufe dieses Monats hoffe vorlegen zu können und daß alle Anzeichen vorhanden seien, daß über alle grundlegenden Fragen eine Verständigung zwischen den Mehrheitsparteien erzielt werde. Der Entwurf über die Verfassung der Gemeinden sei in seinen Grundzügen fertig. Den rheinischen Städten werde darin nicht dieselbe Verfassung wie den östlichen Gemeinden automatisch aufgedrungen. Die Wahlen zur neuen Landesversammlung würden angesetzt werden, sobald alle Gesetze verabschiedet seien, die die völlige Demokratisierung Preußens gewährleisten. Nach einer vorläufigen Berechnung werde man mit den Wahlen im Spätherbst rechnen können.

*

Die Bemühungen um das Rheinland

\+ **Frankfurt a. M.**, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Mainz wird berichtet: Die französischen Kaufleute und Industriellen im besetzten Rheinland und im Kreis Wiesbaden haben sich zu einem Verband unter der Bezeichnung „Union de l'Industrie française" zusammengeschlossen. Der Zweck des Verbandes ist die Ausbeutung der Handelsbeziehungen und die wirtschaftliche Annäherung, Regelung von Ein- und Ausfuhrfragen, Besserung und Festlegung des Wechselkurses, Schaffung einer eigenen Handelskammer, eines zur Hälfte aus Deutschen und zur Hälfte aus Franzosen bestehenden Schiedsgerichtes u. a. m. Dem Präsidenten der Rheinlandkommission Tirard hat man das Ehrenpräsidium angeboten.

* **München**, 10. Februar. Die französischen Ueberwachungsbehörden in der Pfalz verboten die Einsetzung von Schülerausschüssen sowie die Schülerversammlungen. Die Pfalzzentrale meldet: Sämtliche in Neustadt erscheinenden Tageszeitungen sind von dem französischen Kontrolloffizier auf drei Tage verboten worden, weil sie ein Inserat über die Grenzspende für die Abstimmungsgebiete veröffentlichten.

*

Die Abstimmung in Nordschleswig

* **Apenrade**, 10. Februar. In der ersten Zone waren gestern die letzten Vorbereitungen zum heutigen Abstimmungstag im vollen Gange. Kraftwagen mit deutschen und dänischen Fahnen fuhren schon in den Morgenstunden in großer Zahl über die Straßen, um den letzten Hof und die letzten abgelegenen Katen mit Flugblättern und Plakaten zu versorgen. Die Dänen haben an jeder Straßenkreuzung, an jedem Wirtshaus, an jedem Fenster ihrer Anhänger sehr wirkungsvoll von Kopenhagener Künstlern ausgeführte Werbeplakate ausgehängt. Die Deutschen beschränken sich mehr auf sachliche, in Buchdruck ausgeführte Plakate. Die Dänen haben in Apenrade Triumphbogen und Rednertribünen für den heutigen Tag der Wahlentscheidung in den Straßen und auf den Plätzen errichtet, da sie des Ausfalles vollständig sicher sind.

Der Empfang der Stimmberechtigten, die im Abstimmungsgebiet nunmehr in Sonderzügen aus dem Reiche in der ersten Zone eintrafen, war überall begeistert. Besonders in Apenrade und Tondern herrscht großer Jubel über die Ankunft der deutschen Brüder und Schwestern aus dem Süden.

Die geistigen Arbeiter

Das Weltgewissen, vom Prinzen Max von Baden als oberstes Tribunal gewünscht, hat sich nicht geregt, um die Fluten des Hasses einzudämmen, die eine auf das rein Materialistische gerichtete Politik der Entente lebendig macht; der Traum der Kosmopoliten, daß ein gesteigerter Verkehr und Handel der Völker miteinander Annäherung und Verständigung bringen würde, ist noch nicht erfüllt. Schon vor dem Krieg war diese Idee nur bei den Deutschen gepflegt worden, genau so, wie die Auffassung der proletarischen Internationale allein bei deutschen Sozialisten lebendig war. Wir haben keine internationale Gelehrtenrepublik, keine internationale Front der anständigen Leute gegen Gewalt- und Erpresser- und Auslieferungs- und Aushungerungspolitik. Kurzum, keine Internationalität der Geistigen. Zersplittert, nationalistisch verblendet, doppelbodige Moral kündend, also zeigt sich das Bild derjenigen, die auf ihren Spezialgebieten die Kultur und Wissenschaft vorwärtsbrachten, abgesehen von einer kleinen und z. Zt. noch einflußlosen Schar, wie z. B. in Frankreich, die Männer der Clarté unter der Führung Barbusses, Romain Rollands und Barbusse. Die überwiegende Mehrheit versagte auf dem Gebiete der Nächstenliebe und ordnete sich, wie die Engländer und Franzosen und auch die Deutschen teilweise, den Kriegs- und Staatsnotwendigkeiten unter. Die Grünröcke der französischen Akademie der Unsterblichen waren die giftigsten Rufer gegen den Teutonismus, englische Wissenschaftler, an exaktes Denken durch deutsche Schule gewöhnt, Vorkämpfer blindesten Jingotums, während deutsche Geistige im Alldeutschtum Zuflucht vor dem Gefühl suchten, von Politik keine Ahnung zu haben.

Die Art, wie die reinen Wissenschaftler, vornehmlich auch die, die sich mit der Erforschung der politischen und wirtschaftlichen Grundlagen früherer Zeiten beschäftigen, die Wurzeln der Politik ihrer Tage zu ergründen suchten, hat meist etwas Weltfremdes, Unpraktisches. Dem Wissenschaftler, besonders aber dem Historiker, der sich oft zum politischen Führer berufen fühlt, fehlt der praktische Sinn und die Entschlußkraft des Politikers. Die Versuchung, stets Parallelen zwischen früheren Geschehnissen und den jetzigen Zeitereignissen und daraus wiederum Folgerungen auf die zu treffenden Maßnahmen zu ziehen, verhindert den Wissenschaftler am kühnen Handeln, wo es notwendig ist, erkannt zu haben. Politik ist erwägen, aber nicht wagen. Die Politik ist eben, wie Bismarck sagt, keine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Es kann daher gar nicht wundernehmen, daß so glänzende Vertreter des Geistes wie Mommsen und Virchow grundsätzlich danebengriffen, wo Bismarck aus politischer Intuition instinktiv das Rechte mit sicherem Griff erfaßte. Die Erfahrung hat uns daher gelehrt, daß die Geistigen als Schicht nicht unter allen Umständen zur politischen Führung des Volkes ausersehen sind.

Aber ebenso fest steht, daß ohne sie ein Kulturstaat nicht zur Blüte gelangen kann, politisch nicht und noch weniger auf dem Gebiet der modernen Wirtschaft. Die Geistigen sind die Männer, deren Arbeit auf den verschiedensten Gebieten das große Bild mosaikartig zusammengesetzt, das als geistige Blüte eines Volkes betrachtet wird und die notwendigen Grundlagen seiner materiellen Wohlfahrt bildet. Gewiß darf Kunst und Wissenschaft nicht in Sklaverei des Geschäfts geraten. Aber diese geistigen Faktoren geben erst der Nation Prägung, Eigenart und Kraft. Als Deutschland Ueberfluß an Gelehrten und Mangel an materiellen Gütern hatte, wurde in der Chemie, in der Technik usw. der Grund gelegt, auf dem die beispiellose Blüte der Vorkriegszeit emporschießen konnte. Gewiß ist bereits vor dem Kriege der Geistige von seiner Höhe vielfach verdrängt worden, immerhin war seine materielle Lage nicht so furchtbar wie jetzt. Unser geistiger Mittelstand ist ins Proletariat hinabgesunken, und alle Versuche, diese für unser künftiges nationales Leben furchtbare Gefahr zu mindern, sind erfolglos geblieben. Wenn der berühmte Münchner mehr verdient als ein vortragender Rat oder der Universitätsprofessor nicht einmal das Einkommen des geringsten Eisenbahnbeamten (nach der Gehaltsregulierung) hat, dann heißt das: der Gelehrte, der Bildner der Jugend, ist nicht mehr in der Lage, durch Ankauf der notwendigen Bücher, durch Sicherheit der Lebenshaltung, frei, ohne Not, seine Pflicht als geistiger Lehrer zu erfüllen. Die Lehre der Wissenschaft wird dann entweder Vorrecht der Reichen (und damit ist die freie Bahn dem Tüchtigen, aber Vermögenslosen verrammelt), oder sie sinkt qualitativ, und damit sinkt auch nach Ablauf einer gewissen Epoche der Lebenswert der deutschen Wirtschaftszweige, die auf den Fortschritten der deutschen Forschung und Technik, also der Gelehrtenarbeit, gegründet waren. Die grenzenlose Verarmung zwingt zur Abwanderung der Gelehrten. Der Staat stets ringend mit dem Materialismus plötzlich zur Macht gekommener Schichten, die den nicht im Augenblick greifbaren Werten geistiger Forschung verständnislos gegenüberstehen, ist nicht in der Lage, für die Geistigen etwas tun zu können. Er kann die Universitäten nicht mehr mit den notwendigen geistigen Kräften versehen, er kann nicht mehr die Bibliotheken, die Sammlungen, die Kliniken vervollkommnen. Stillstand ist bereits eingetreten, aber der Rückschritt kündigt sich schon an. Unsre Studentenschaft ist in furchtbarer Notlage. Viele essen kaum zweimal warm in der Woche, nur um für das Studium das Notwendigste zu haben. Ein körperlich und geistig degenerierendes Geschlecht, ein Sinken der geistigen Kultur, damit das Ende des Fortschrittes und Rückfall in die Barbarei, das sind Erscheinungen, die sich ausbreiten werden wie die Beulen der Hungerpest an einem befallenen Körper.

Ohne die Wirksamkeit der Geistigen ist Deutschland tot, aus der Reihe der wirtschaftlich blühenden Nationen gestrichen.

Preußens Kultusminister Haenisch, ein Sozialist, hat jetzt über die Not der geistigen Arbeiter eine Leichenrede gehalten. Er erkennt, daß die Ueberschätzung der körperlichen Arbeit zum Zusammenbruch führen wird, und verlangt Förderung der deutschen Bildung. Aber solange in den Massen lediglich die Lohnforderungen leben und nicht der Drang nach Weiterbildung, solange wird die Gefahr des Versinkens in Barbarei unbeschworen bleiben. Was nützt das schönste Rätesystem, wenn keine Geistigen da sind, um die Vertreter dieses Systems hinaufzubilden? Huë, der sozialistische Abgeordnete, hat sich bitter darüber beklagt, daß zwei Drittel der Betriebsräte, an die er Fragebogen verschickt hatte, nicht in der Lage waren, sie auszufüllen. Es zeigt sich eben, daß diese Revolution nicht von dem Schlagwort der Achtundvierziger ausging. Damals

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200211/1